

# Rathaus - Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:  
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662  
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

---

Freitag, 14. Februar 1969

Blatt 373

## Eissternchen veranstalten Schaulaufen

14. Februar (RK) Als Ehrengast werden die Eissternchen in der Eishalle im Donaupark Kulturstadträtin Gertrude Sandner bei einem Schaulaufen begrüßen. Dieses findet Freitag, den 21. Februar, um 14.30 Uhr, in der Eishalle Donaupark statt.

Bekanntlich wurde in Zusammenarbeit mit der Sportstelle der Stadt Wien und dem Landesjugendreferat als Fortsetzung der Sportförderungsaktion "Sportplatz der offenen Tür" ein kostenloser Trainingsbetrieb im Donaupark eingerichtet. Knapp vier Wochen nach der Eröffnung, am 4. November vergangenen Jahres, konnte die Kulturstadträtin bereits das 10.000. Kind begrüßen, das von dieser Eislaufaktion Gebrauch machte. Nun sind es 30.000, die unter der Leitung der sechs Sportlehrer an den Trainingsnachmittagen die Grundbegriffe des Eislaufens und Eistanzens erlernt haben.

Das Schaulaufen am 21. Februar wird in vier Gruppenbewerben ausgetragen. Neben der Gruppe Anfänger und Fortgeschrittene werden die Mitglieder zweier Kunstlaufgruppen ihre erworbenen Kenntnisse vorführen. Für die Sieger hat die Sportstelle Buchpreise vorbereitet.

### Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Fotoreporter zum ersten "Schaulaufen der Eiskinder" zu entsenden.

Ort: Eishalle Donaupark.

Zeit: Freitag, 21. Februar, 14.30 Uhr.

- - -



Hundert Fremdenführer werden geprüft  
=====

14. Februar (RK) Für rund 100 künftige Fremdenführer wird der Monat Mai eine wichtige Entscheidung bringen: Nach Beendigung des Ausbildungskurses im WIFI wird die Prüfungskommission des Landes Wien unter der Leitung von Obermagistratsrat Dr. Foltinek feststellen, wer genügend weiß, um den Befähigungsnachweis zum konzessionierten Fremdenführer zu erhalten. Die Prüfung setzt sich aus einem theoretischen und praktischen Teil zusammen. Der praktische Teil beinhaltet eine Probeführung durch Wien aus einem Autobus heraus. Der theoretische Teil umschließt neben den beiden Hauptgegenständen Geschichte und Kunstgeschichte, Heimatkunde, Staatsbürgerschaftskunde, die Fähigkeit, sich gewandt und flüssig ausdrücken zu können, den Nachweis der Allgemeinbildung und für Nichtmaturanten auch eine Prüfung aus gutem Benehmen. Alle diese Gegenstände werden den Interessenten, die sich aus jüngeren Angestellten, Studenten und zu einem kleinen Teil aus Hausfrauen zusammensetzen, in einem acht Monate dauernden Kurs im Wirtschaftsförderungsinstitut gelehrt. Anmeldungen zu diesen Kursen sollen nach Möglichkeit bereits im Juni oder Juli erfolgen, die Zeit bis Kursbeginn mit dem Auffrischen und Nachlernen einer Fremdsprache genützt werden.

Der Leiter der Prüfungskommission erklärte der "Rathaus-Korrespondenz", daß die Prüfungsergebnisse im allgemeinen nicht zufriedenstellend sind. Von den 59 Prüfungskandidaten des Vorjahres mußten 35 wegen unzureichender Kenntnisse zurückgestellt werden. Die Ursache für das enttäuschende Resultat sieht Dr. Foltinek darin, daß ein Großteil der Kandidaten den Unterricht im WIFI nur sporadisch besucht und von der Strenge der Prüfung sozusagen überrascht wird.



Wie wichtig aber ein gut ausgebildeter, flüssig sprechender Fremdenführer ist, mögen die Zahlen beweisen, die man an Hand einer Untersuchung erarbeitete. Jeder Fremdenführer betreut durchschnittlich 5.000 Fremde pro Saison, die ihrerseits wieder durchschnittlich an 35 Freunde und Bekannte in ihrem Heimatland über Erfahrungen und Eindrücke im Gastland und mit den Fremdenführern berichten. Das heißt also, daß ein einziger Fremdenführer die Meinung von 175.000 Menschen jährlich prägt und in ihnen eine Vorstellung über das Image der Stadt Wien vermittelt. Da das Land Wien natürlich an einem möglichst guten Ruf interessiert ist, entsendet es auch sachkundige Lehrer in das Kurszentrum.

- - -

#### Eiserne Hochzeit im Altersheim Lainz

14. Februar (RK) Mit den Geschenken der Stadt Wien und einen Gratulationsbrief kam heute vormittag Bezirksvorsteher Josef Gerstbach in das Altersheim Lainz, um hier ein Eisernes Hochzeitspaar namens des Bürgermeisters zu begrüßen. Die 87jährige Anna und der 89jährige Eduard Otta haben ein 65jähriges gemeinsames Leben hinter sich. Ihren Lebensabend verbringt die gebürtige Wienerin Anna im Pavillon XIII des Altersheimes Lainz.

- - -

#### Bezirksvertretungssitzung in dieser Woche

14. Februar (RK)  
Freitag, 21. Februar: Neubau, Hermannngasse 24-28, 2. Stock,  
Sitzungszimmer, 16 Uhr.

- - -



## Ballkalender

=====

14. Februar (RK) In der Woche vom 17. bis 22. Februar finden folgende größere Ballveranstaltungen statt:

Faschingmontag (Rosenmontag), 17. Februar: Hofburg Rudolfine-Redoute (Kath. Österr. Stud.-Verb.), Schwechaterhof ("Bunte Faschingsnacht mit Tanz" der Kameradschaft der Exekutive Österreichs.)

Faschingdienstag (Fastnacht), 18. Februar: Sofiensäle Kränzchen der Tanzschule Elmayer.

Freitag, 21. Februar: Grünes Tor (Ball der Polizei Alsergrund), Konzerthaus (Hausball des Betriebsrates der Arbeiter und Angestellten der Wiener Konzerthausgesellschaft), Kursalon (Ball der Österreichisch-Bulgarischen Gesellschaft), Parkhotel Schönbrunn (Ball des Hietzinger Jagdklubs "St. Hubertus"), Schwechaterhof (Ball d. Sportvereinigung d. Ersten Allgemeinen Unfall- u. Schadens-Vers.-Ges.), Sofiensäle (Ball der Feuerwehr der Stadt Wien).

Samstag, 22. Februar: Albert-Sever-Saal (Ball des Geselligkeitsvereins der Städtischen Kanalwerkmeister), Bayrischer Hof (Maskenball der F.K.K.), Grünes Tor (Ball des Österreichischen Siedlerverbandes), Haus der Begabung (Ball der Schönhengster Landsmannschaft), Konzerthaus (Ball des Sportklubs Semperit), Kursalon (Ball des Zentralvereins der Wiener Lehrerschaft), Palais Auersperg (Wiener Ruderer-Ball), Parkhotel Schönbrunn (Ball der Landesinnung Wien der Tapezierer), Schwechaterhof (Ball des Postsportvereins), Schwechaterhof (Ball der Rennweger Sportvereinigung), Sofiensäle (Jahresfest des Vereins "Angestellte Drogisten Österreichs"), Winberger (Ball der Polizei Wien XV).

- - -



Sitzung des Wiener Gemeinderates  
=====

14. Februar (RK) Heute, um 8.30 Uhr, trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Der Bürgermeister begründete die Einberufung der Sitzung mit folgender Erklärung:

"Mit Schreiben vom 10. Februar dieses Jahres haben mehr als 25 Mitglieder des Gemeinderates von der Sozialistischen Partei Österreichs gemäß § 17 Absatz 4 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien an mich das Verlangen gerichtet, eine Sitzung des Gemeinderates zum ehestmöglichen Zeitpunkt einzu-berufen.

Der Anlaß für dieses Verlangen ist ein Antrag der Gemeinderäte Dr. Stemmer, Jodlbauber, Maria Hlawka und Genossen, betreffend die Auflösung des Gemeinderates vor Ablauf der Wahlperiode. Die Antragsteller verlangen gemäß § 18 der Geschäftsordnung die dringliche Behandlung, von mehr als 30 Gemeinderatsmitgliedern wird gemäß § 17 Absatz 5 der Geschäftsordnung die Verlesung des Antrages verlangt."

Der Antrag der SPÖ

Der Antrag der sozialistischen Gemeinderäte hat folgenden Wortlaut:

"Nahezu ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges tritt Wien in eine entscheidende Phase seiner Entwicklung. Nach Erfüllung des Arbeitsprogrammes des Wiener Gemeinderates aus dem Jahre 1964 soll mit der Inangriffnahme einer Reihe von Großprojekten die Erneuerung unserer Stadt in großzügiger Weise fortgeführt werden.

Die Antragsteller sind der Auffassung, daß am Beginn eines neuen Abschnittes bei der Neugestaltung Wiens, die bereits eingeleitet worden ist, eine Entscheidung der Bevölkerung über die Zukunft unserer Stadt notwendig ist. Diese Entscheidung soll unbeeinflußt von politischen Auseinandersetzungen auf anderen Ebenen erfolgen; sie soll aber vor allem auch bereits zum frühestmöglichen Zeitpunkt getroffen werden, um die Wahlbewegung der politischen Parteien weitgehend zu verkürzen.



Die unterfertigten Mitglieder des Gemeinderates stellen daher gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

A n t r a g:

Der an 25. Oktober 1964 gewählte Gemeinderat wird gemäß § 13 (2) der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien aufgelöst. Der Herr Bürgermeister wird ersucht, die Neuwahl des Gemeinderates und der Bezirksvertretungen im Sinne der Bestimmungen der Wiener Gemeindewahlordnung zu veranlassen.

Gemäß §§ 17 und 18 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien wird die Verlesung und dringliche Behandlung dieses Antrages verlangt.

In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag dem Gemeinderatausschuß XI zuzuweisen."

Die Begründung der Dringlichkeit

Das Verlangen nach dringlicher Behandlung des Antrages wurde von GR. Dr. Stemmer (SPÖ) begründet. Er stellte fest, daß nicht nur in Wien, sondern auch in anderen Bundesländern Überlegungen angestellt werden, wie man einem Zusammentreffen von Landtagswahlen und Nationalratswahlen ausweichen könne. Für eine geordnete Entwicklung in den Ländern sei es nachteilig, in allzu unerwünschter Nähe der Auseinandersetzungen über die Bundespolitik zu geraten. Stemmer ersuchte die Mitglieder des Gemeinderates um die Zustimmung zur Zuerkennung der Dringlichkeit.

Als Kontraredner sprach GR. Dr. Habl (ÖVP). Man könne sich, sagte der Redner, über die für die vorzeitige Auflösung des Gemeinderates vorgebrachten Argumente nur wundern. Eine so ungewöhnliche Maßnahme könnte eine glaubhafte Begründung allenfalls in chaotischen Zuständen bei der Wiener Stadtverwaltung finden. Tatsächlich aber sei vor wenigen Wochen das Budget für das heurige Jahr beschlossen worden, für Gemeinderat und Stadtverwaltung sei genügend Arbeit vorhanden, es fehle also jeder sachliche Grund für die vorzeitige Auflösung. Die wirklichen Ursachen seien in wahltaktischen Überlegungen der SPÖ zu suchen. Der Redner bat die Mitglieder des Gemeinderates, dem Antrag die Zuerkennung der Dringlichkeit zu versagen.

./.



In der darauffolgenden Abstimmung wurde dem Antrag mit den Stimmen der SPÖ und der KLS die Dringlichkeit zuerkannt.

#### Die Begründung des Antrages

GR.Dr. Stemmer (SPÖ), der zur Begründung des Antrages sprach, stellte seinen Ausführungen die Feststellung voran, daß die Erörterung über den Wiener Wahltermin nicht von den Sozialisten begonnen worden ist. Überdies gebe es ähnliche Überlegungen auch in anderen Bundesländern: Landeshauptmann Josef Krainer und Verteidigungsminister Dr. Georg Prader hätten als ÖVP-Landesobmänner von Steiermark und Niederösterreich erklärt, ein zeitliches Zusammentreffen der bevorstehenden Landtagswahlen in ihren Ländern mit einem Wahlgang auf Bundesebene wäre nicht günstig.

Der Redner verwies dann darauf, daß die österreichische Volkspartei auf Grund der Mehrheitsverhältnisse im Nationalrat jederzeit eine Vorverlegung der im Frühjahr 1970 fälligen Nationalratswahl beschließen könne.

GR.Dr. Stemmer zitiert aus verschiedenen Zeitungsberichten, so aus einer "Kurier"-Meldung vom 23. September 1968, in der von einem bereits ausgebrochenen Wahlkampf die Rede ist, so aus einer Meldung der "Salzburger Nachrichten" (21. November 1968), in der es heißt, daß offiziell noch nichts von einer Wahlvorverlegung gesagt worden sei, beide Parteien sich jedoch davon Vorteile erwarteten. Das "Volksblatt" schrieb damals, es habe sich um lancierte Meldungen gehandelt.

Unter welchen Voraussetzungen können Wiener Wahlen überhaupt ausgeschrieben werden? Der Paragraph 13 der Verfassung stellt ausdrücklich fest, daß die Mitglieder des Gemeinderates auf fünf Jahre gewählt werden. Er sagt jedoch nicht, daß die Funktionsperiode so lange dauern muß. Es handelt sich also um eine Begrenzung nach oben, damit keine Verlängerungen eintreten können.

Ferner heißt es in der Verfassung, daß die "alten" Mitglieder des Gemeinderates so lange im Amt bleiben, bis die Angelobung der neugewählten erfolgt. Das heißt, daß die Kontinuität der Arbeit gewahrt bleibt. Verschiedene Meldungen in der letzten Zeit behaupteten, daß sich die Auftragslage in Wien verschlechtern würde, da keine Aufträge seitens der Stadt mehr erteilt werden könnten.



Das Gegenteil ist richtig. Wenn eine Unterbrechung der Arbeit eintreten könnte, dann viel eher bei einem Herbsttermin als jetzt beim Frühjahrstermin. Dies nämlich in Anbetracht der Tatsache, daß die letzten Parteiverhandlungen 53 Tage gedauert haben und es zweifelhaft sei, daß es vor Nationalratswahlen auch bei 53 Tagen bleiben würde. Dann käme es zu verspäteten Wahlen des Stadtsenates, und dann also würde jenes Budgetprovisorium eintreten, das man jetzt befürchtet.

Es ist nicht so, daß die großen Aufgaben, mit denen zum Teil bereits begonnen wurde, erst beschlossen werden müssen. Es ist aber so, daß sie sich zumindest über eine Funktionsperiode, ja sogar über zwei oder drei Perioden, erstrecken werden müssen. Deshalb soll diese Arbeit gleich von allem Anfang an mit jenen Personen durchgeführt werden, die für die nächsten fünf Jahre gewählt sind.

Außerdem soll, wie schon wiederholt festgestellt, der Wahlkampf abgekürzt werden.

Zur Frage einer Verletzung des Arbeitsübereinkommens: Wir nehmen dieses Arbeitsübereinkommen ernst. Würden wir es nicht ernst nehmen, dann hätten wir die letzten Verhandlungen bereits am zweiten Tag abbrechen können, zu dem Zeitpunkt nämlich, an dem die ÖVP erklärt hat, sie wüßte gar nicht dabei sein. "Ich war es", betont der Redner, "der die ÖVP darauf aufmerksam gemacht hat, welche Folgen solche Erklärungen für die kleinen Parteien haben könnten."

Die Zusammenarbeit gilt für die Dauer der gesamten Wahlperiode, die laut Verfassung entweder auslaufen oder abgekürzt werden kann. Niemand hat die Absicht, diese Zusammenarbeit zu beenden.

GR. Dr. Stemmer erinnert sodann an die Erklärung Dr. Withalms, wonach die ÖVP die Nationalratswahlen nicht vorverlegen wolle. Er halte es, wie er betont, durchaus für möglich, daß die ÖVP wirklich nicht daran denke. So habe Dr. Prader zum Beispiel gesagt, daß man die niederösterreichischen Wahlen nicht mehr verlegen müsse. Man könne es jedoch niemandem verwehren, einer Erklärung des politischen Gegners mit Mißtrauen gegenüberzustehen, und dieses Mißtrauen, so habe sogar die Tageszeitung "Die Presse" geschrrieben, sei durch Withalms Erklärung eher noch vertieft worden.



Der Zweck des Antrags zur Vorverlegung der Wahlen sei jedenfalls, in Wien wieder zu geordneten Verhältnissen und zu einem gedeihlichen Arbeitsklima gekommen.

GR. Prof. Bittner (ÖVP) stellt fest, die ÖVP habe den Wahlkampf keineswegs eröffnet. Andererseits aber gebe es ein einziges Großplakat in Wien, das sich mit Wiener Problemen beschäftige - und dieses Plakat sei von der SPÖ. Ferner zitiert der Redner verschiedene AZ-Titel, in denen von einem "Beginn der Wahlen" gesprochen wird.

GR. Bittner betont, daß gerade bei einem Herbsttermin ein kurzer Wahlkampf zu erwarten gewesen wäre, da man damit wegen des Urlaubs nicht vor Mitte September hätte beginnen können. Jetzt, beim Frühjahrstermin, würde es einen viel längeren Wahlkampf geben.

Der Redner hält es für bedenklich, wenn man grundsätzlich der Meinung ist, daß das, was der politische Gegner erklärt, falsch sei.

Auch die Volkspartei sei gegen eine Zusammenlegung von Nationalrats- und Gemeinderatswahlen, weil ja über verschiedene Materien zu entscheiden ist. Im gegebenen Fall sei es jedoch so, daß in Konsequenz der heutigen Entscheidung die Nationalrats- und Gemeinderatswahlen des Jahres 1974 genau zum gleichen Zeitpunkt erfolgen müßten.

Davon zu sprechen, das Wahlprogramm wäre zur Gänze erfüllt, sei unbegründet, allein schon, wenn man an die ungelösten Verkehrsprobleme denkt.

Worüber soll nun die Bevölkerung entscheiden? Haben wir tatsächlich ein Programm, das in die Zukunft weist und für das die Bevölkerung gerade jetzt ihr Votum geben muß? Viele Projekte sind bereits beschlossen und stehen vor der Verwirklichung. Man hat bei ihrer Beschließung auch nicht daran gedacht, die Bevölkerung um ihre Meinung zu fragen.

Die Volkspartei sehe keinen zwingenden Grund für die Vorverlegung der Gemeinderatswahlen und kann daher dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen.

./.



GR.Dr. Schmidt (FPÖ) bezeichnet es als grotesk, daß die absolut stärkste Partei dieses Hauses die vorzeitige Auflösung des obersten Organs dieser Stadt beantragt, ohne einen zwingenden Grund dafür zu haben. Die vorgebrachten Gründe seien unstichhältig und überzeugen nicht. Der Gemeinderat sei für fünf Jahre gewählt und habe eine wichtige Funktion für diese Stadt zu erfüllen. Es gehöre zur Pflicht jedes einzelnen Gemeinderates, diese Funktion, der Verfassung entsprechend, zu erfüllen. In einen Gemeinderat gewählt zu werden, sei nicht nur ein Recht, sondern bringe vor allem auch die Pflicht, volle fünf Jahre zu arbeiten und nicht vorzeitig das Feld zu räumen.

Wenn man als Grund angibt, das Wahlprogramm wäre bereits erfüllt, so kann man für die Zukunft nur verlangen, ein Wahlprogramm für fünf Jahre zu erstellen und nicht für vier, wie es diesmal anscheinend der Fall war.

Daß eine mögliche Vorverlegung der Nationalratswahl der zwingende Grund für eine Vorverlegung der Gemeinderatswahl sei, wäre gleichfalls unglaubwürdig. Auch die Freiheitlichen trauen der Volkspartei alles Schlechte zu. Sie halten jedoch die führenden Männer der Volkspartei nicht für so töricht, daß sie eine absolute Mehrheit im Parlament, von der sie genau wissen, daß sie sie nie mehr bekommen werden, eine Stunde früher als nötig aus der Hand geben werden. Auch die Sozialisten könnten das nicht im Ernst annehmen.

Durch die fünfjährige Funktionsperiode im Gemeinderat und die vierjährige Legislaturperiode des Parlaments würden die Wahlen 1974 auf den gleichen Zeitpunkt fallen. Will man sie dann wieder vorverlegen? Eine Partei, die vorgibt, für das Jahr 2000 zu planen, müßte auch die politische Situation des Jahres 1974 schon einkalkulieren können.

Die Erklärungen Dr.Drimmels, die auch in Druck erschienen sind, als ausschlaggebend für die Vorverlegung des Wahltermines zu bezeichnen, sei gleichfalls nicht glaubhaft.



Durch die Vorverlegung der Gemeinderatswahlen wird die Frühjahrsarbeit des Gemeinderates gestört, dann folgt die Sommerpause, und im Herbst haben wir bereits den Wahlkampf für die Nationalratswahlen. Die Bevölkerung wird hierfür kaum Verständnis aufbringen.

Zu sagen, man will die Bevölkerung über die kommende Gestaltung unserer Stadt durch diese Wahlen abstimmen lassen, sei gleichfalls unglaubwürdig. Schließlich hat man die Bevölkerung auch nicht gefragt, als man die Stadthalle verschenkte, die Haftung für die Filmpleite übernahm, als man die Wohnbaureform beschließen ließ oder als man den Straßenbahn-Fahrtpreis erhöhte. Damals hatte man kein Bedürfnis nach der Volksmeinung. Seine Fraktion könne daher dem Antrag nicht zustimmen.

GR. Lauscher (KLS) erklärte, daß die Entscheidung die die Mehrheitspartei getroffen hat, einen Einschnitt in die Entwicklung Wiens bedeutet, der ernsthaft überdacht werden muß. Wir stimmen grundsätzlich mit dem in den Mittelpunkt gestellten Argument überein, daß die Gemeinderatswahlen auf keinen Fall mit den Bundesproblemen verquickt werden sollen und finden es unverständlich, daß die anderen Fraktionen diesen Standpunkt der Wiener Politik nicht verstehen.

Selbst die für das Frühjahr projektierten Gemeinderatswahlen werden unter dem Schatten der Bundespolitik abgewickelt werden. Wir gehen noch weiter: Diese Gemeinderatswahlen sollten uns allen klarmachen, welche Folgen durch die Alleinregierung der ÖVP in Bezug auf Wien zu beobachten sind. Das Wiener Memorandum ist wohl ein eklatanter Beweis der Sabotage an den Wiener Interessen. Daher befremdet uns die Antwort von Bürgermeister Marek in einem heute in der "AZ" veröffentlichten Interview, daß man die Absicht habe, die fruchtbare Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner auch nach den Wahlen fortzusetzen. Die Einschränkung, daß über die Verteilung erst nach dem Volksentscheid weiter gesprochen werden könne, ist gar keine Einschränkung. Entscheidend ist nur, daß die Weichen gestellt sind.



Die Mehrheitspartei denkt demnach nämlich gar nicht daran, einen neuen Kurs in der Wiener Politik einzuschlagen und die Interessen Wiens entscheidender zu wahren. Sie hält auch nichts von der Aufgabe, mit der Wiener Politik eine echte Alternativpolitik gegen den Bund zu machen.

Hingegen scheint man sich gedanklich absolut damit vertraut gemacht zu haben, daß es keine Chance für die kleinen Parteien, also die echten Oppositionsfaktoren im nächsten Gemeinderat mehr gebe. Dies freilich wäre ein entscheidender Rückschlag in der demokratischen Weiterentwicklung. Jede konstruktive Politik fehlt, wenn nur mehr die beiden großen Parteien allein entscheiden. Verantwortlich für diese Entwicklung ist allein die Sozialistische Partei. Sie hat auch alle konstruktiven Vorschläge der KLS in den letzten Jahren einfach übergangen.

Obwohl wir mit dem Argument der Mehrheitspartei für die Vorverlegung absolut übereinstimmen, können wir wegen der Umstände, die die Vorverlegung begleiten, dem Antrag nicht zustimmen.

Nachdem keine Wortmeldung mehr vorlag, wies der Bürgermeister den Antrag nach § 17, Abs. 3 dem Gemeinderatsausschuß XI (Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten) zur weiteren Behandlung zu. Um 9.40 Uhr schloß Bürgermeister Marek die Sitzung.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -



Anatevka-Vorstellung für 1000 junge Gemeindebedienstete  
=====

14. Februar (RK) Im Rahmen ihres Jugendbetreuungsprogrammes wird die Wiener Stadtverwaltung für tausend ihrer jüngsten Mitarbeiter kommenden Sonntag, den 16. Februar im Theater an der Wien eine Vorstellung von "Anatevka" mieten. Stadträtin Gertrude Sandner wird Begrüßungsworte an die jungen Gemeindebediensteten richten.

---

Änderung der Gemeindewahlordnung verlautbart  
=====

14. Februar (RK) Das neue Landesgesetzblatt für Wien (3. Stück vom 13. Februar) enthält das vom Wiener Landtag beschlossene Gesetz über die Änderung der Gemeindewahlordnung. Wesentlichster Inhalt dieser Änderung ist die Herabsetzung des Wahlalters.

Ferner enthält das neue Landesgesetzblatt die erste Behindertengesetznovelle.

Das Landesgesetzblatt ist um einen Schilling im Drucksortenverlag der Stadthauptkasse, 1., Rathaus, Stiege 7, Hochparterre und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung 1., Wollzeile 27 a, erhältlich.

---



Störung der Linien 231 und 331  
=====

14. Februar (RK) Gestern abend um 21.26 Uhr fielen durch einen Defekt an drei Anspeisekabeln die Straßenbahnen der Linien 231 und 331 aus. Um 22.17 Uhr konnte ein Bahnpunkt wieder eingeschaltet werden. Noch in der Nacht vom 13. zum 14. Februar wurde mit der Ortung der Schadensstelle begonnen.

Der Gesamtumfang des Schadens ist derzeit noch nicht feststellbar. An der Schadensbehebung wird gearbeitet. Zur Zeit wird der Straßenbahnverkehr bis Groß-Jedlersdorf geführt. Zwischen Groß-Jedlersdorf und Stammersdorf wurde ein Autobusersatzverkehr eingerichtet.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten  
=====

14. Februar (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: italienischer Häuptelsalat 3 bis 3,50 S,  
Karfiol 5 bis 6 S je Stück, Sellerie 7 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel: Qualitätsklasse Kochobst 3,50 bis 5 S,  
Qualitätsklasse II 6 bis 8 S, Bananen 7 bis 8 S, italienische  
Blondorangen 3 bis 3,50 S, "Jaffa"-Orangen 6,50 S je Kilogramm.

- - -



Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien an

---

Gendarmerieoberst i.R. Dr. Käs und Major Szokoll verliehen

---

14. Februar (RK) Heute vormittag überreichte Landeshauptmann und Bürgermeister Bruno Marek im Beisein von Vizebürgermeister Felix Slavik und mehreren Mitglieder der Wiener Landesregierung mit dem Landesamtsdirektor, des Präsidenten des Landtages Dr. Stemmer, des Stadtschulratspräsidenten Dr. Max Neugebauer, des Bundesministers a.D. Dr. Felix Hurdes sowie zahlreicher Vertreter des öffentlichen, kulturellen und Wirtschaftslebens, das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien an Gendarmerieoberst Dr. Ferdinand Käs und Major Carl Szokoll.

Der Landeshauptmann führte in seiner Laudatio unter anderem aus: "In dieser feierlichen Stunde könnte die Frage aufgeworfen werden, warum das Land Wien erst jetzt durch Verleihung von Auszeichnungen Männern ihren Dank abstattet, die in furchtbarster Zeit der Not ihre Heimat vor der Vernichtung retteten. In einer Zeit des satten Wohlstandes, der Konsumgesellschaft, die scheinbar den Fortschritt für sich gebucht hat und deren gefährliches Leitbild die sogenannte Erfolgsgeneration ist, soll eine Standortbestimmung vorgenommen werden."

Der damalige Oberfeldwebel und Freund Major Szokolls, Käs, erreichte am 3. April 1945 den russischen Armeestab in Hochwolkersdorf. Dort gelang es dem Patrioten, die russischen Offiziere davon zu überzeugen, daß nur ein bestimmtes strategisches Vorgehen den Kampf abkürzen könnte, daß die schweren Luftangriffe auf die Stadt unterbleiben und eine Sonderregelung für die österreichischen Kriegsgefangenen festgelegt werden sollte.

Major Szokoll, dessen Österreichertum immer schon stark ausgeprägt war, verhinderte als Offizier des Wehrkreiskommandos XVII durch gezielte Einzelaktionen die restlose Zerstörung Wiens in den düsteren Apriltagen des Jahres 1945. Sein großes Ziel einer Erhebung der Wiener gegen die NS-Machthaber am 20. Juli 1944 mußte auf Grund des Verrates eines Nazi-Offiziers leider mißlingen.



In seiner Dankrede betonte Major Szokoll, daß er nicht gleich so begeistert war, die ihm verliehene hohe Auszeichnung anzunehmen. Doch als ihn in Moskau ein russischer General anläßlich einer Ausstellung des Dokumentationsarchives des Österreichischen Widerstandes erklärte, daß das Ausland mehr vom Österreichischen Widerstand wisse als die Österreicher, war sein Entschluß gefaßt, die Dekoration anzunehmen. Major Szokoll gedachte in seiner kurzen Ansprache auch der vielen österreichischen Widerstandskämpfer, die nicht mehr unter den Lebenden weilen.

- - -

#### 65. Geburtstag von Josef Kaut

=====

14. Februar (RK) Am 16. Februar vollendet der Kulturpolitiker und Schriftsteller Josef Kaut das 65. Lebensjahr.

Er wurde in Salzburg geboren, studierte an der Wiener Universität und trat 1929 in die Redaktion der Grazer Zeitung "Arbeiterwillen" ein. Nach dem Verbot der sozialdemokratischen Partei brachte er sich als Privatangestellter fort. 1945 kehrte er in seine Vaterstadt zurück und übernahm als Chefredakteur die Leitung des Salzburger sozialistischen Landesorgans "Demokratisches Volksblatt". Seit 1957 ist er Landesrat und mit den Angelegenheiten der Kultur und Volksbildung betraut. In dieser Eigenschaft ist er auch Mitglied des Salzburger Festspielkomitees. Josef Kaut ist neben seiner journalistischen Tätigkeit schon frühzeitig mit schriftstellerischen Arbeiten hervorgetreten und verfaßte Romane sowie Publikationen kulturpolitischen Inhalts. Großen Eindruck rief seine in der Reihe "Aktuelle Probleme unserer Zeit" erschienene Schrift "Wegweiser durch die Kulturkrise" hervor, die ihn als gründlichen Kenner ausweist. Aus den letzten Jahren stammt seine Veröffentlichung "Festspiele in Salzburg". Josef Kaut gehört auch dem Vorstand des Österreichischen Rundfunks an.

- - -